S 40 U 185/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Amtsermittlung Amtsermittlungsgrundsatz Bevollmächtigter Beweismaßstab Beweismaßstab der Glaubhaftmachung bloße Möglichkeit einer Fristversäumnis Fristversäumnis glaubhaft Glaubhaftmachung Restfrist Urlaub Verschulden Vorkehrungen Wiedereinsetzung Zurechnung
Leitsätze	<ol style="list-style-type: none">1. Der als Wiedereinsetzungsgrund angegebene Sachverhalt muss im Beweismaßstab der Glaubhaftmachung nachgewiesen sein.2. Bei der Prüfung einer Wiedereinsetzung gilt der Amtsermittlungsgrundsatz.3. Wer mit der Zustellung einer gerichtlichen Entscheidung in seinem Urlaub rechnen muss, hat entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um ein Fristversäumnis zu verhindern.4. Ein während der Rechtsmittelfrist wieder weggefallener Hindernisgrund kann dann zu einer Wiedereinsetzung führen, wenn die nach seinem Wegfall verbliebene Restfrist für eine angemessene Überlegung und Beratung nicht ausreicht. Dies setzt aber voraus, dass dem die Frist Versäumenden kein Verschulden an diesem Hindernisgrund

trifft.
5. Das Verschulden seines
Bevollmächtigten muss sich ein
Beteiligter zurechnen lassen.

Normenkette

[BGB § 276](#)
[SGG § 67](#)
[ZPO § 85 Abs. 2](#)

1. Instanz

Aktenzeichen
Datum

S 40 U 185/16
09.05.2019

2. Instanz

Aktenzeichen
Datum

L 2 U 211/19
07.12.2021

3. Instanz

Datum

-

Â

I. Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts MÃ¼nchen vom 09.05.2019 wird als unzulÃ¤ssig verworfen.

II. AuÃ¼rgerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

T a t b e s t a n d :

Streitig ist die Anerkennung von Folgen eines Arbeitsunfalls vom 10.04.2015.

In der mÃ¼ndlichen Verhandlung vor dem Sozialgericht (SG) MÃ¼nchen vom 09.05.2019, zu der der KlÃ¤ger samt seinem anwaltlichen BevollmÃ¤chtigten erschienen war, ist die gegen den Bescheid vom 01.06.2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.02.2016 gerichtete Klage abgewiesen worden.

Das schriftlich abgefasste Urteil ist dem BevollmÃ¤chtigten des KlÃ¤gers mittels Empfangsbekanntnis am 29.05.2019 zugestellt worden.

Am 03.07.2019 hat der KlÃ¤ger selbst zu Protokoll des Bayer. Landessozialgerichts (LSG) Berufung eingelegt. Dabei hat er erklÃ¤rt, dass ihm das Urteil des SG am 01.07.2019 mit Schreiben seines BevollmÃ¤chtigten vom 12.06.2019 formlos per Post Ã¼bermittelt worden sei. Gleichzeitig hat er Wiedereinsetzung in den vorigen

Stand beantragt und dies wie folgt begründet: Er sei vom 15.06.2019 bis zum 30.06.2019 in Ungarn in Urlaub gewesen und habe dort seine Freundin und Freunde besucht. Sein Bevollmächtigter hätte ihn anrufen können, habe dies aber nicht getan. Vor seiner Abreise sei nichts im Briefkasten gewesen. Er könne nicht sagen, wann der Bevollmächtigte ihm das Urteil geschickt habe, das Schreiben datiere vom 12.06.2019. Der Kläger hat mitgeteilt, dass er sich von seinem Bevollmächtigten im erstinstanzlichen Verfahren nicht weiter vertreten lassen wolle, er möchte dies selbst tun. Vorgelegt hat der Kläger das Schreiben seines ehemaligen Bevollmächtigten vom 12.06.2019, mit dem dieser dem Kläger das vollständige Urteil des SG München vom 09.05.2019 übermittelte hatte. Der Rechtsanwalt hatte darin darauf hingewiesen, dass er, der Rechtsanwalt, das Urteil am 29.05.2019 erhalten habe, sodass die Möglichkeit bestehe, â€zumindes bis 28.06.2019 Berufung beim Bayerischen Landessozialgerichtâ€ einzulegen, wobei die Berufungsschrift innerhalb der Frist beim Bayer. LSG eingegangen sein müsse, um die Frist einhalten zu können. Ohne ausdrücklichen Auftrag â€so der Bevollmächtigte weiterâ€ werde von ihm keine Berufung eingelegt werden. Im Übrigen hat der Bevollmächtigte auf die Rechtsmittelbelehrung am Ende des Urteils verwiesen.

Mit gerichtlichem Schreiben vom 18.07.2019 ist der Kläger um Vorlage aussagekräftiger Nachweise für seinen Urlaub und um Mitteilung gebeten worden, ob er besondere Vorsorge hinsichtlich seiner Post oder seiner Erreichbarkeit für seinen Prozessbevollmächtigten getroffen habe.

Nachdem eine Reaktion des Klägers nicht erfolgt war, ist der Kläger mit richterlichem Schreiben vom 16.07.2020, zugestellt am 17.07.2020, darauf hingewiesen worden, dass nach derzeitigem Verfahrensstand seine Berufung als unzulässig, weil verfristet, zurückzuweisen sei. Da seinem Bevollmächtigten das Urteil am 21.05.2019 zugestellt worden sei, habe die Frist zur Einlegung der Berufung am Montag, den 01.07.2019, 24:00 Uhr, geendet. Unabhängig davon, dass der Kläger während seiner urlaubsbedingten Abwesenheit dafür hätte Sorge tragen müssen, dass er über rechtserhebliche Schreiben Kenntnis erlange, um gegebenenfalls rechtzeitig reagieren zu können, hätte er auch nach seiner Urlaubsrückkehr am Montag, 01.07.2019, ausreichend Zeit gehabt, fristwährend Berufung einzulegen. Unter Hinweis auf [Â§ 106a Abs. 2](#) und 3 Sozialgerichtsgesetz (SGG) ist dem Kläger Gelegenheit zur Stellungnahme und Vorlage von Beweismitteln binnen vier Wochen ab Zugang des gerichtlichen Schreibens gegeben worden. Im Übrigen ist dem Kläger anheimgestellt worden, die Berufung zurückzunehmen.

Nachdem auch hierauf keine Reaktion des Klägers erfolgt war, ist er mit weiteren richterlichen Schreiben vom 11.11.2021 und 18.11.2021 zur Absicht des Gerichts angehört worden, durch Beschluss, also ohne mündliche Verhandlung, gemäß [Â§ 158 Satz 2 SGG](#) zu entscheiden.

Die Kläger beantragt (zu Protokoll des Bayer. LSG am 03.07.2019), ihm Wiedereinsetzung für das Berufungsverfahren zu gewähren, das Urteil des SG München vom 09.05.2019 aufzuheben und unter Abänderung des Bescheides

vom 01.06.2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.02.2016 festzustellen, dass die Beschwerden an der rechten Schulter, am rechten Ellenbogen, am rechten Knie, die Kopfschmerzen und der Schwindel Folgen des Arbeitsunfalls vom 10.04.2015 sind.

Die Beklagte beantragt (Schriftsatz vom 23.07.2019), die Berufung zurückzuweisen.

Vorgelegt hat neben der Akte des Bayer. LSG die Klageakte des SG. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt dieser Akten verwiesen.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e :

Der Senat hat im Rahmen des ihm zustehenden Ermessens von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, durch Beschluss gemäß [Â§ 158 Satz 2 SGG](#) zu entscheiden. Einer mündlichen Verhandlung bedurfte es nicht. Die Beteiligten sind mit Schreiben des Gerichts vom 11.11.2021 und 18.11.2021 zu der beabsichtigten Entscheidung durch Beschluss angehört worden und haben keine Einwände erhoben. Es ist auch nichts erkennbar, was Anlass dafür gäbe, eine mündliche Verhandlung für angezeigt zu halten. Insbesondere ist nicht ersichtlich, dass sich bei einer mündlichen Verhandlung neue Erkenntnisse ergeben könnten, die eine andere Beurteilung der Sach- und Rechtslage nach sich ziehen könnten. Gäbe es noch für den Kläger günstige Tatsachen und Beweismittel, hätte er diese sicherlich umgehend nach dem gerichtlichen Schreiben vom 16.07.2020 vorgelegt, weil ihm nach diesem Schreiben klar sein musste, dass er umgehend zu handeln habe, um ein Verlieren im Berufungsverfahren zu vermeiden. Schließlich hat auch der Kläger selbst offensichtlich kein Bedürfnis, sich gegenüber dem Gericht nochmals, auch nicht in einer mündlichen Verhandlung, zu äußern. Darauf deutet jedenfalls hin, dass er zuletzt wiederholt auf gerichtliche Schreiben nicht geantwortet hat.

Die Berufung ist unzulässig, weil sie nach Ablauf der Berufungsfrist eingelegt worden und Wiedereinsetzung nicht zu gewähren ist.

1.Â Berufung verfristet

Der Kläger hat seine Berufung erst nach Ablauf der Berufungsfrist eingelegt.

Gemäß [Â§ 151 Abs. 1 SGG](#) ist die Berufung beim LSG bei Zustellung der angefochtenen Entscheidung im Inland innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen. Die Berufungsfrist ist gemäß [Â§ 151 Abs. 2 SGG](#) auch gewahrt, wenn die Berufung innerhalb der Frist beim SG schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der dortigen Geschäftsstelle eingelegt wird. Unter den Voraussetzungen des [Â§ 65a SGG](#) ist auch eine Einlegung der Berufung in elektronischer Form möglich.

Gemäß [Â§ 64 Abs. 1 SGG](#) beginnt die Berufungsfrist mit der Zustellung der

erstinstanzlichen Entscheidung zu laufen. Voraussetzung für einen Fristbeginn ist gemäß [Â§ 66 Abs. 1 SGG](#), dass der Beteiligte über das mögliche Rechtsmittel, das Gericht, bei dem der Rechtsbehelf anzubringen ist, seinen Sitz und die einzuhaltende Frist schriftlich belehrt worden ist. Die Zustellung hat gemäß [Â§ 63 Abs. 2 Satz 1 SGG](#) nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung (ZPO) zu erfolgen. Bei einem anwaltlichen Bevollmächtigten kann die Zustellung gemäß [Â§ 174 Abs. 1 ZPO](#) gegen Empfangsbekanntnis erfolgen.

Nach [Â§ 64 Abs. 2 Satz 1 SGG](#) endet die einmonatige Berufungsfrist mit dem Ablauf desjenigen Tages des nächsten Monats, welcher nach der Zahl dem Tag entspricht, an dem die Zustellung erfolgt ist. Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonntag, einen gesetzlichen Feiertag oder einen Samstag, so endet die Frist gemäß [Â§ 64 Abs. 3 SGG](#) mit Ablauf des nächsten Werktages.

Im vorliegenden Fall ist die Zustellung des mit einer ordnungsgemäßen Rechtsmittelbelehrung versehenen Urteils vom 09.05.2019 an den damaligen Bevollmächtigten des Klägers laut Empfangsbekanntnis am 29.05.2019 erfolgt. Der Kläger hätte damit gemäß [Â§ 64 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 SGG](#) bis zum 01.07.2019 (Montag), 24:00 Uhr, Zeit gehabt, mit Einlegung der Berufung beim SG oder LSG die Berufungsfrist zu wahren. Der Kläger hat aber erst am 03.07.2019 (Mittwoch) zu Protokoll beim LSG Berufung eingelegt, also zu einem Zeitpunkt, zu dem die Berufungsfrist bereits abgelaufen war.

2. Keine Wiedereinsetzung

Dem Kläger ist keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß [Â§ 67 SGG](#) i.V.m. [Â§ 153 Abs. 1 SGG](#) zu gewähren. Denn ein Wiedereinsetzungsgrund ist nicht glaubhaft gemacht.

[Â§ 67 SGG](#) sieht die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand vor, wenn jemand ohne Verschulden verhindert war, eine gesetzliche Verfahrensfrist einzuhalten, sofern der Antrag binnen eines Monats nach Wegfall des Hindernisses gestellt und die Tatsachen zur Begründung des Antrags glaubhaft gemacht worden sind sowie innerhalb der Antragsfrist die versäumte Rechtshandlung nachgeholt worden ist. Bei Vorliegen der Voraussetzungen des [Â§ 67 Abs. 2 Satz 3 SGG](#) ist auch eine Wiedereinsetzung von Amts wegen möglich ([Â§ 67 Abs. 2 Satz 4 SGG](#)). Darüber hinaus darf seit dem Ende der versäumten Frist nicht bereits ein Jahr vergangen sein, außer wenn der Antrag auf Wiedereinsetzung vor Ablauf der Jahresfrist infolge höherer Gewalt unmöglich gewesen ist (vgl. [Â§ 67 Abs. 3 SGG](#)).

Verschulden bedeutet gemäß [Â§ 276 Abs. 1](#) Bürgerliches Gesetzbuch Vorsatz oder Fahrlässigkeit. Von fehlendem Verschulden betreffend die Fristeinhaltung ist daher dann auszugehen, wenn der Beteiligte hinsichtlich der Wahrung der Frist diejenige Sorgfalt nicht außer Acht gelassen hat, die für einen gewissenhaften und seine Rechte und Pflichten sachgerecht wahrnehmenden Prozessführenden im Hinblick auf die Fristwahrung geboten und ihm nach den gesamten Umständen des konkreten Falls zuzumuten ist (vgl. Bundessozialgericht - BSG -, Urteil vom 27.05.2008, [B 2 U 5/07 R](#)). Dabei ist im sozialgerichtlichen Verfahren als

Sorgfaltsmaßstab ≠ anders im zivilgerichtlichen Verfahren (dort: objektiver Maßstab vgl. Greger, in: ZÄ¶ller, ZPO, 34. Aufl. 2022, Â§ 233, Rdnr. 12; Bundespatentgericht M¼nchen, Beschluss vom 11.10.2016,